

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bedanke ich mich bei Herrn Finanzbürgermeister Gangl und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für das umfangreiche Werk. Ich beneide ihn nicht darum, dass er es so kurz nach seiner Wahl zu präsentieren hatte.

Am letzten Samstag stand auf der Seite 1 der lokalen Zeitung: „Eltern wollen kostenlose Kindergärten“. Es wird in dem Artikel über das Kita-Bündnis Baden-Württemberg berichtet und die Sprecherin Petra Fritsch wird mit der Aussage zitiert: „Die Qualität von Kindertageseinrichtungen darf nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen“. Um die Kinder gut zu fördern, sei auch mehr Personal nötig.

Und weiter heißt es darin, die Elterninitiativen forderten, Kinderkrippen und Kindergärten kostenlos zu machen. Nur dann lasse sich erreichen, dass benachteiligte Kinder die Einrichtungen früh nutzten.

Wir in Sindelfingen gehen leider den umgekehrten Weg. Wir wollen den Besuch der Kindertageseinrichtungen verteuern. Wir entscheiden uns nicht für mehr Personal, nicht für bessere Arbeitsbedingungen der Menschen, die unsere Kinder betreuen, sondern haben erst letztes Jahr entschieden, ihre Verfügungsstunden zu kürzen. Das ist der falsche Weg und ich kann für die Partei DIE LINKE, für die ich in den Gemeinderat gewählt wurde, ganz klar signalisieren: Wir stehen zu unseren Versprechen im Kommunalwahlkampf, keiner Gebührenerhöhung im sozialen Bereich zuzustimmen.

Auch wenn alle anderen politischen Gruppierungen im Gemeinderat in den gemeinsamen Chor einstimmen, es sei kein Geld da, antworte ich mit Heiner Geissler, der es auf seine saloppe Weise so ausdrückt: „ Es gibt Geld wie Heu, es ist nur völlig falsch verteilt. „

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung –also kein linkes Institut – hat festgestellt:

Es gibt jetzt 51.000 Vermögensmillionäre mehr als vor einem Jahr. Es sind jetzt insgesamt 861 000. Nicht einen einzigen Cent müssen sie mehr bezahlen. Dafür werden über die Gebührenerhöhungen bei den Kommunen die Ärmsten der Gesellschaft geschröpft.

Was die Kinderbetreuung der unter 3-jährigen angeht, gibt es immer wieder im Gemeinderat Zweifel, ob es wirklich erforderlich sei, dass umzusetzen, was uns der Bund vorgegeben hat. Ich halte die Vorgaben des Bundes für richtig, halte es jedoch für falsch, dass man die Kommunen nicht mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstattet. Hier bleibt es richtig auf der Durchsetzung des Konnexitätsprinzips zu bestehen. Wer bestellt, der muss auch zahlen. Und notfalls muss auch unsere Stadt die Zahlung der benötigten Mittel gerichtlich gegen das Land durchsetzen, wie es uns die Gemeinden in NRW vorgemacht haben.

In Zusammenhang mit der Diskussion der Kosten der Kinderbetreuung finde ich es falsch, wenn der Etat-Entwurf bei den Zuschüssen von Tagespflegestellen eine Steigerung auf das mehr als Dreifache, nämlich von 160.000 auf 500.000 € vorsieht. Ohne die Arbeit von Frauen in der Tagespflege abwerten zu wollen, muss man sich zu Schwerpunkten bekennen. Wenn die Mittel für die Kinderbetreuung so knapp bemessen sind, dann sollen sie m.E. auf den Ausbau der institutionellen Einrichtungen konzentriert werden.

Damit will ich zu einem anderen Thema überleiten.

Die Stadt Sindelfingen sollte sich nicht daran beteiligen Milliarden € für einen von den Bürgerinnen und Bürgern in Stuttgart ungewünschten Bahnhof zu verbuddeln. Als man das Projekt plante, waren die öffentlichen Kassen nicht geplündert und leer wie es heute der Fall ist. An Stuttgart 21 festzuhalten ist ein Luxus, den sich die Gesellschaft nicht leisten kann. Daher werde ich beantragen, die für 10 Jahre angelegte Umlage an den Verband Region Stuttgart in jährlicher Höhe von 166.000 € zu streichen und dieses Geld in zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen an der A 81 einzusetzen. Man könnte die Mittel auch für den Einkauf der Software verwenden, um endlich mehr Transparenz zu schaffen, um entsprechend dem Vorbild der Stadt Böblingen und des Landkreises alle Unterlagen und Anträge im Internet zu veröffentlichen, damit alle Bürgerinnen und Bürger, die es wollen sich mit städtischen Angelegenheiten beschäftigen können.

Zum Thema Waffensteuer:

In Stuttgart hatte man die Einführung einer Waffensteuer diskutiert. Die Waffenlobby war so stark, dass sie diese verhindern konnte. Auch in Sindelfingen stößt das Thema auf Widerstand. Warum eigentlich? Eine Waffensteuer würde eine Art Betriebsgefahr-Steuer sein für das Risiko, das von leicht zugänglichen Waffen ausgeht. Alle Amokläufer haben sich die Waffe im Haushalt der Eltern besorgt. Wegen diesem Risiko haben wir als Gemeinderat 100.000 Euro in die Sicherheit von Schulen investieren müssen. Daher wäre es nur gerecht einen Teil davon bei denen zu holen, die das Risiko verursachen.

Die positiven Auswirkungen der Konjunktur auf die Gewerbe-Steuer Einnahmen 2010 können nicht darüber hinweg täuschen, dass wir ein strukturelles Einnahmeproblem für alle öffentlichen Körperschaften haben. Obwohl die Gesellschaft so reich ist wie nie zuvor, sind die öffentlichen Haushalte verschuldet wie nie zuvor.

Fast zehn Milliarden Euro fehlten im Jahr 2010 bei den Kommunen in den Kassen – und 2011 wird es kaum besser aussehen. Auch unser Finanzbürgermeister glaubt nicht daran, dass das größte Unternehmen vor Ort, das sich einige Jahre lang aus seiner Verantwortung zur Finanzierung der Gemeinde verabschiedet hat, auch in den künftigen Jahren seinen Verpflichtungen entsprechend seiner Leistungsfähigkeit nachkommt.

Denn der von ihm vorgestellte mittelfristige Finanzplan geht nicht mehr von 70 Millionen Gewerbesteuer - wie 2010-, sondern von lediglich 35 Millionen € aus. Das Unternehmen erwartet nach eigenen Angaben auch in künftigen Jahren Rekordumsätze wie im letzten Jahr, aber offensichtlich glaubt niemand daran, dass es die gleichen Steuern auch in Zukunft erbringen muss, nicht einmal unser Finanzbürgermeister. Das hat mit sozialer Verantwortung wenig zu tun. Um noch einmal Heiner Geissler zu zitieren: „ Die soziale Marktwirtschaft existiert nicht mehr“.

Mit dem letzteren bin ich mir einig: Auf Bundesebene brauchen wir endlich mindestens eine Besteuerung der Unternehmen, wie wir sie unter Helmut Kohl hatten.

Die unsägliche Diskussion um die Abschaffung der Gewerbesteuer muss beendet werden.

Stattdessen muss die Gewerbesteuer zur Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickelt werden. Mit dem Städtetag und dem DGB sind wir uns einig, dass Freiberufler wie Ärzte, Anwälte oder Steuerberater diese Steuer künftig auch bezahlen sollen. Der DGB schreibt in seiner jüngsten Stellungnahme zu Recht: „ Denn es ist niemandem zu vermitteln, warum zum Beispiel eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft keinen Beitrag zum kommunalen Gemeinwesen leistet. Auch sie profitiert von der Infrastruktur ihrer Kommune. Da Freiberufler die Steuer von ihrer Einkommensteuer abziehen können, ist dies in erster Linie eine Umverteilung von Steueraufkommen hin zu den Kommunen. Bund und Länder können ihre Steuerausfälle aber problemlos wieder reinholen. Da reicht schon ein effektiver Steuervollzug!“

Wir brauchen in Sindelfingen eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf mindestens 390 v.H. Damit wären wir noch lange nicht bei den 420 Punkten der Stadt Stuttgart, aber in der Nähe der Sätze der Gemeinden, die sich ebenfalls eine Autoindustrie halten.

Auch wenn ich schon voraussehe, dass die übrigen Fraktionen unisono wie letztes Jahr diese Erhöhung ablehnen, werde ich Ihnen nicht den Gefallen tun, darauf zu verzichten, sie zu fordern.

Denn um noch ein letztes Mal Heiner Geissler zu bemühen: "Wo alle dasselbe denken, da wird nicht viel gedacht."

Mir ist nicht entgangen, dass nach dem Bekanntwerden der unerwarteten Gewerbesteuereinnahmen bei allen Fraktionen des Gemeinderats die Losung lautete, jetzt dürfe man auf keinen Fall den Kurs der Konsolidierung aufgeben, jetzt erst recht müsse man in die zweite Runde einsteigen. Ich halte es für den falschen Weg, wenn man das bereits bis zum Anschlag arbeitende Verwaltungspersonal zur weiteren Intensivierung der Arbeit zwingt. Dies führt nur zur Erhöhung der Krankenstände und ist nicht nachhaltig. Auch die meisten Sparmaßnahmen die angedacht sind, schwächen die Binnenkaufkraft und dadurch die Binnenkonjunktur mit den bekannten Folgen: Steuerausfälle und Notwendigkeit von Transferleistungen. Daher kann ich Sie darin nicht unterstützen. Ich vertrete explizit die Auffassung, dass der Staat aus den Schulden herauswachsen muss, dass man diese nicht durch eine restriktive Sparpolitik los wird. Die Politik ist nie alternativlos, auch wenn die Mehrheiten sie gerne als alternativlos darstellen möchten. Wenn ich dem Kurs der erdrückenden Mehrheit des Gemeinderats hinsichtlich der „Konsolidierung“ zustimmen würde, dann würde ich mich hier überflüssig machen. Die Bürgerinnen und Bürger in Sindelfingen, die mir ihre Stimme als Kandidaten der Linken gegeben haben, wollten eine Alternative zum herrschenden Denken wählen. Sie können sich darauf verlassen, dass ich in konstruktiver Weise gedenke diese Aufgabe, auch in dieser Haushaltsdiskussion wahrzunehmen.